

Anschluss statt Ausschluss für alle Jugendlichen

In der Bildung will die SVP den Staat auf dem kleinst möglichen Feuer köcheln lassen: Die Männerpartei will keine Angebote an Kindertagesstätten und Tagesschulen, aber auch keine Fördermassnahmen für Lehrer/innen und für benachteiligte Schüler/innen. Berufs- und Weiterbildung gehören durch den Markt und die Eigenverantwortung geregelt. Die Unis sind der Elite vorzubehalten.. Der SVP-Justizminister hingegen will den staatlichen Sicherheitsapparat ausgerechnet dort, wo er nichts zu suchen hat: Polizei auf die Pausenplätze. Am eklatantesten aber ist die Widersprüchlichkeit der SVP-Politik in der Berufsbildung. Die SVP hat eine grosse Verantwortung für die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Und viele ihrer Mitglieder verdienen daran.

*Von Peter Sigerist**

Die Schweiz. Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat in ihrem gemeinsam mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) im Jahre 2000 herausgegebenen Bericht "Die Sekundarstufe II hat Zukunft" gut begründet, warum es ein Recht auf Bildung für alle auf der Sekstufe II braucht. Bei der Präsentation des EDK-Projektes HarmoS und des neu in die Prioritätenliste aufgenommenen Schwerpunktprojektes „Nahtstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und der Sekundarstufe II“ wurde die Zielsetzung, „allen Jugendlichen eine Ausbildung mit Abschlusszertifikat auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen“ erneuert. Bundesrat und Wirtschaftsverbände haben im Vorfeld der Abstimmung über die jugendgewerkschaftliche Lehrstelleninitiative, *lipa*., im Mai 2003, das Versprechen abgegeben, allen Schulabgänger/innen eine berufliche Perspektive zu bieten. Absichtserklärungen ja, konkreter Handlungsauftrag nein. Die teilweise SVPisierten Berufsverbände blockierten die Berufsbildungsreformen und deren Finanzierung und die Betriebe verschärften die Selektion gegen die Jugendlichen, insbesondere gegen jene mit Migrationshintergrund.

Seit den neunziger Jahren werden viele Jugendlichen abgehängt

Mit der in den neunziger Jahren einsetzenden Wirtschaftskrise stieg Jahr für Jahr die Jugendarbeitslosigkeit überdurchschnittlich (der kurze Aufschwung zu Beginn der 2000er Jahre bildete die Ausnahme). In den Warteschlangen („Brückenangebote“) wurden mittlerweile über 20'000 Jugendliche geparkt. Die Lehrabbruchquote stieg in einigen Kantonen bis zu 30 Prozent. Die Sozialhilfe-Statistiken spiegeln das rasche Wachstum der Jugendarmut. Eine vom BBT in Auftrag gegebene „Vertiefungsstudie Bildungsangebote im Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung“ (2007) kommt zum Schluss, dass „trotz des bestehenden Angebots an Zwischenlösungen es jedes Jahr eine Kohorte von rund 2000 bis 2500 Schulabgänger/innen (gibt), welche den Einstieg in eine Ausbildung der Sekundarstufe II oder ins Erwerbsleben dauerhaft nicht schafft und ein hohes Risikopotenzial aufweist (...).“ 60 Prozent von ihnen sind Schweizer. Diese sind wegen ihrer hoffnungslosen sozialen Lage für desintegrierendes Sozialverhalten ebenso gefährdet wie die Jugendlichen mit Migrationshintergrund (M. Eisner, NFP 40). Und die BBT-Studie kommt zum Schluss: „Solange die Leistungsaufträge der kantonalen Berufsbildung und in gewisser Hinsicht auch jene der kantonalen Arbeitsämter nicht explizit vorsehen, sich um die Risikogruppe in besonderem Masse zu kümmern, ist nicht damit zu rechnen, dass die Anbieter vermehrt Anstrengungen unternehmen, für diese Gruppe bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen.“

Der konjunkturelle Aufschwung seit 2005 und die auf Druck der Gewerkschaften ergriffenen

Massnahmen von Bund, Kantonen und einigen Berufsverbänden lassen das Lehrstellenangebot tatsächlich leicht ansteigen, jedoch nicht im Ausmass, das der steigenden Schulabgänger/innen-Zahl genüge. Das Rennen um jede zukunftsweisende Lehrstelle bleibt wie die Selektion pickelhart. Schüler/innen mit „Grundabschluss“ (Realschule) bleiben im Verhältnis zu jenen mit einem „gehobenen Abschluss“ (Sekundarschule) auf der Strecke. Diese Schüler/innen brauchen eine spezifische Unterstützung (Coaching).

Auch der prognostizierte „Demografieknick“ der 16jährigen wird in den wirtschaftlichen Ballungszentren ab etwa 2010 nur eine sehr geringe Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt bringen. Studien über frühere Konjunkturzyklen zeigen, dass sich das Angebot von Lehrstellen einer allenfalls sinkenden Nachfrage anpasst. Zumindest bis die grossen Warteschlangen der Brückenangebote mit 20'000 Jugendlichen abgebaut sind, braucht es neue Berufsbildungsangebote.

Wirtschaft und/oder Staat?

Die Studie „Die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft“ (SIBP-Schriftenreihe Nr. 31, 2006) kommt zum Schluss, dass sich die nichtausbildenden Betriebe betriebswirtschaftlich rational verhalten, weil sich bei ihnen die Ausbildung nicht lohne. Fast zeitgleich wurde im Sommer 2006 auch eine Studie von Crédit Suisse veröffentlicht, die ebenfalls zum Schluss gelangt, dass die duale Lehre für die Welt der Banken keine Zukunft habe.

Damit ist die Verbundaufgabe von Staat und Wirtschaft, wie sie im Berufsbildungsgesetz festgehalten ist, real gefährdet. Wenn die grosse Mehrheit der Betriebe und ganze Branchen die duale Berufsbildung als überholt betrachten, aber gleichzeitig höhere Qualifikationen für die Berufsabschlüsse verlangen, dann muss der Staat eingreifen und zielführende Angebote wie Basislehrjahre, Lehrwerkstätten und Handelsmittelschulen vermehrt anbieten und auch die Fördermassnahmen für die Jugendlichen verstärken.

Der Angebotsmangel prägt auch die Lernenden

Der seit über zehn Jahren aufgetretene Mangel an genügend Angeboten von beruflichen Grundbildungen prägt bereits die Schüler/innen der drei letzten Volksschuljahre, die immer mehr auf die Selektion auf dem Lehrstellenmarkt ausgerichtet werden. Aber auch jene Jugendlichen, die eine Lehrstelle gefunden haben, sind dem Anpassungsdruck im verschärften Wettbewerb über Selektions- und Verdrängungsprozesse ausgesetzt, was der Kreativität und dem Selbstbewusstsein der Jugendlichen abträglich ist. Umfassende Berichte über den Gesundheitszustand der Jugendlichen (SMASH 2002 ff), insbesondere jener in der Berufsbildung, weisen diese Negativentwicklung bereits nach. Die Selektionskriterien sind willkürlich, wie das Nationale Forschungsprogramm 51 „Integration und Ausschluss“ im März 2007 festhält: „Die KMU wenden eine betriebseigene Selektionslogik an, die eine systematische Unterscheidung zwischen vordefinierten Bewerbergruppen macht, ohne die Kompetenzen der einzelnen Bewerber und Bewerberinnen zu berücksichtigen.“

Viele ausbildende Arbeitgeber, darunter befinden sich viele SVP-Mitglieder, nutzen ihre stärkere Position mit dem Ziel, die Arbeitsbedingungen der Auszubildenden zu verschlechtern (Herabsetzung des Jugendschutzalters). Die Lehrlingslohnsumme hat in den letzten zehn Jahren nominal stagniert, das heisst real wurde sie gesenkt („Kosten/Nutzen der Lehrlingsausbildung“, Wolter et al. 2003). Und die auch von SVP-Mitgliedern geprägten Berufsverbände werden nicht müde, vom Staat (der doch an allen Ecken und Enden sparen müsse) mehr Mittel für die Berufsverbandsdienstleistungen zu verlangen. Die Parallele zur Landwirtschaftspolitik drängt sich auch hier auf.

Der Staat griff antizyklisch ein, aber zu unspezifisch

Zum gesellschaftlichen Selbstverständnis gehört bei uns, dass sowohl die schulische Grundbildung in der obligatorischen Volksschule als auch die *Allgemeinbildung* auf der Sekundarstufe II (gymnasiale Matur, Fachmittelschulen) und grossmehrheitlich die Hochschulbildung eine öffentliche, allgemein finanzierte Aufgabe ist. Niemand käme auf die Idee, beispielsweise die gymnasiale Bildung den Irritationen des Marktes auszusetzen. Dass der Staat deshalb auch in der beruflichen Grundbildung auf der Sekundarstufe II eingreifen muss, wenn die Arbeitgeber ihre Aufgabe über lange Zeit nicht mehr wahr nehmen, wird nur von Marktfetischisten bestritten. Mit dem Aufbau von Brückenangeboten (10. Schuljahre usw.) für mittlerweile rund 21'000 Jugendliche und für über 400 Millionen Franken jährlich haben die Kantone auf den Markt- und politischen Druck hin pragmatisch reagiert. Es fehlt aber eine systemkompatible Strategie, und die Angebote reichen bei weitem nicht aus, allen Schulabgänger/innen eine Perspektive zu bieten.

Es braucht mehr als Appelle an potenzielle Lehrbetriebe:

- Das Recht auf Bildung für alle bis und mit Sekundarstufe II wird mit der grössten Anstrengung sämtlicher Akteure konkretisiert. Die Umsetzung muss aber auch finanziert werden können. Weil die vom Bundesrat allgemein verbindlich erklärten Branchenfonds kaum mehr eine grössere Ausweitung erfahren werden (s. www.sgb.ch / Standpunkte / Bildungspolitik / „Berufsbildungsfonds in den Branchen und in den Kantonen – Vorschlag für eine Handlungsstrategie“) bei den Kantonen aber nach wie vor wegen des grenzenlosen Steuerwettbewerbs grosser Spardruck vorherrscht, müssen in den kommenden Jahren auch in der Deutschschweiz kantonale Berufsbildungsfonds eingerichtet werden, die wesentlich von den nichtausbildenden Betrieben gespiesen werden sollen.
- Neben der bisher bereits geführten Lehrstellenförderung erhöhen die Kantone um zehn Prozent ihre Angebote in bestehenden Lehrwerkstätten, Handelsmittelschulen und vergleichbaren Lernorten sowohl für anspruchsvolle als auch für zweijährige Ausbildungen mit Attest-Abschluss auf den Schulbeginn 2007.

* Peter Sigerist ist Zentralsekretär beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, SGB, für das Ressort Bildung und Mitglied der Eidgenössischen Berufsbildungskommission (EBBK) und der Eidgenössischen Fachhochschulkommission (EFHK)